

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

123 (30.5.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 123

Mittwoch, den 30. Mai 1934

105. Jahrgang

Communiqué der Transfer-Konferenz

DNB. Berlin, 29. Mai. Die Konferenz zwischen den Vertretern der Gläubiger der lang- und mittelfristigen deutschen Auslandsschulden und den Vertretern der Reichsbank, die seit dem 27. April mit Erörterungen über die Transfer-Probleme Deutschlands beschäftigt ist, ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Konferenz stimmt der Ansicht zu, die in dem Communiqué vom 31. Januar 1934 ausgedrückt ist, daß es äußerst unerwünscht ist, wenn Erörterungen des Transfer-Problems in kurzen Zeitabständen stattfinden. Andererseits ist sie der Meinung, daß wegen der Unsicherheit der Lage gegenwärtig keine Regelung empfohlen werden kann, die für einen längeren Zeitraum anwendbar ist. Die Gläubigervertreter beschließen, die Reichsanleihe von den Erörterungen auszuschließen. Nach sorgfältiger Prüfung der gegenwärtigen und voraussichtlichen Devisenlage Deutschlands, der die seitens der Reichsbank gelieferten Zahlenangaben zugrunde lagen, erkennen die Gläubigerdelegierten an, daß es vertretbar ist, Konzeptionen zu machen, um Deutschland bei der Überwindung einiger seiner Transfer-Schwierigkeiten zu helfen.

Die Konferenz stimmt darin überein, daß das Problem der deutschen Auslandsschuldenerklärung nicht ein Problem der Zahlungsunfähigkeit der Schuldner ist, sondern daß die Schwierigkeiten nur auf dem Transfergebiet liegen.

Die Konferenz ernannte einen Ausschuss, der eingehend das Funktionieren der gegenwärtigen Devisenbewirtschaftungskontrolle, insbesondere die Verwendung von Sperrmark jeder Art, unterziehen sollte. Hierbei hatte die Konferenz die Zustimmung der Reichsbank, daß der Bericht dieses Ausschusses entgegenkommende Beachtung finden wird. Die Reichsbank wird tunlichst bald die Gläubigerdelegierten von den Maßnahmen unterrichten, die sie im Zusammenhang mit den Vorschlägen dieses Berichtes zu ergreifen für möglich gehalten hat. Das System der Förderung der zusätzlichen Exporte durch Rückkauf von Auslandsbonds oder -schulden wurde erörtert. Es herrschte Uebereinstimmung, daß keine Rückkäufe getätigt werden sollen mit Ausnahme solcher für Zwecke des zusätzlichen Devisenerwerbs im Inlandausfuhrverfahren und daß die gegenwärtig angewandte Methode bei der Devisen für solche Zwecke nicht hergestellt werden, soweit durchführbar beibehalten werden soll.

In der Erkenntnis, daß das Beste, was im Augenblick getan werden könne, sei, eine Lösung zu finden, welche ihrer Natur nach vorläufig ist, aber sich über einen längeren Zeitraum als bisher erstreckt und mit Rücksicht auf die große Anzahl der ausländischen Gläubiger und die verschiedenartige rechtliche Natur der Anteilbetriebe empfiehlt die Konferenz, daß es der Lage am besten gerecht würde, wenn Deutschland seinen Gläubigern ein Angebot machen würde.

Die Reichsbank hat daher für den Transfer der Zinsen auf Deutschlands lang- und mittelfristige Nicht-Reichsverschuldung das folgende Angebot gemacht. Das Angebot bezieht sich auf die Zinscheine, die in der Zeit vom 1. Juli 1934 bis zum 30. Juni 1935 fällig werden:

1. Jeder Zinscheininhaber ist berechtigt, gegen Uebergabe seines Zinscheines jederzeit bei oder nach Fälligkeit des Zinscheines bei den in den betreffenden Gläubigerländern zu bezeichnenden Agenturen Fundierungsbonds der Konversionskasse in Höhe des Nominalbetrages des Zinscheines und in der Währung, auf die der Zinschein lautet, zu erhalten. Diese Fundierungsbonds werden am 1. Januar 1945 fällig und werden Zinsen zum Satz von 3 % p. a. vom Fälligkeitstage des Coupons an tragen. Aufgelaufene Zinsen werden in regelmäßigen Zeitabständen, abhängig von der Stückelung des Coupons, bezahlt und zwar halbjährlich in den Fällen, in denen der Nennwert der Bonds den Gegenwert von 250 Reichsmark oder mehr in der fremden Währung darstellt. Jedes Jahr wird eine Summe, die 3 % des Betrages der umlaufenden Fundierungsbonds ausmacht, zum Kauf solcher Bonds am offenen Markt zur Tilgung oder zur Auslösung zwecks Rückzahlung des Kapitalbetrages plus aufgelaufener Zinsen verwendet. Die Zahlung des Kapitalbetrages der Zinsen und des Tilgungsbetrages wird von der deutschen Regierung garantiert werden und wird nicht von irgend welchen Transfer-Beschränkungen betroffen werden. Die Bonds sollen ganz oder teilweise durch Auslösung zu jedem Zinstermin zusätzlich aufgelaufener Zinsen getilgt werden können. Sonstige technische Einzelheiten einschließlich der Zinsregulierungen, die notwendig sind, um Diskriminierungen zwischen den Bondsinhabern zu vermeiden, werden später festgelegt werden. Die deutschen Stellen werden sich nach Möglichkeit bemühen, die Registrierung der Bonds herbeizuführen. Die Bonds werden im Wege des zusätzlichen Kaufverfahrens rücklaufbar sein.

2. Um den Wünschen derjenigen Zinscheininhaber zu entsprechen, die eine Barzahlung einem Fundierungsbonds vorziehen, übernimmt die Reichsbank die Verpflichtung (vorbehaltlich des unten vorgesehenen Widerrufs), die Zinscheine zu 40 % ihres Nominalbetrages zu kaufen. Der Zinscheininhaber soll berechtigt sein, die Zahlung des Kaufpreises gegen Uebergabe des Zinscheines (an die in den betreffenden Gläubigerländern zu bezeichnenden Agenturen) jederzeit, frühestens sechs Monate nach dem Fälligkeitstage der betreffenden Zinscheine zu erhalten. Die Schonfrist ist bestimmt, das Arbeiten des zusätzlichen Exportverfahrens zu erleichtern. Der Zinscheininhaber kann anstelle des Behaltens der Zinscheine bei Fälligkeit und Uebergabe sechs Monate oder mehr nach Fälligkeit

gegen 40 %ige Barzahlung Fundierungsbonds oder Zwischencheine am oder nach dem Fälligkeitstage annehmen und dann den Fundierungsbonds frühestens sechs Monate nach dem Fälligkeitstage gegen Barzahlung von 40 % zurückreichen. Die in diesem Abschnitt vorgesehenen Zahlungen unterliegen nicht irgend welchen Transfer-Beschränkungen. Da indessen die Fähigkeit der Reichsbank zur Leistung dieser Zahlungen abhängig ist von den Devisen, die Deutschland gegenüber seinen Verpflichtungen in fremder Währung zu der Zeit, zu der die Zahlungen zu leisten sind, verfügbar hat, behält sich die Reichsbank das Recht vor, das Angebot bezüglich solcher Barzahlungen mit 30-tägiger Kündigung, über die in geeigneten Zeitungen in den verschiedenen Gläubigerländern Mitteilung erfolgt, zurückzuziehen. Die Reichsbank wird jedoch alle Anstrengungen machen, um ihre Devisenlage so zu bessern, daß die Barzahlungen gemacht werden können und wird die vorstehenden 40 % erhöhen, wenn sie sich in der Lage sieht, es zu tun.

3. Das vorstehende Alternativangebot kann von den Zinschein-Inhabern entweder für die Zinsen des ersten Halbjahres oder für die des zweiten Halbjahres oder für beide durch Uebergabe der entsprechenden Zinscheine an die oben erwähnten Agenturen angenommen werden. Geeignete Vorkehrungen, die den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Gläubigerländer Rechnung tragen, werden getroffen werden, um jede Entscheidung des Zinscheininhabers durchzuführen.

4. Gläubigern, die keine der vorstehenden Angebote anzunehmen wünschen und sich also entschieden, ihre Zinscheine zu behalten, bleiben alle Rechte aus den Zinscheinen gewahrt.

5. Das Angebot bezieht sich nicht nur auf Zinscheine, sondern auch auf alle Zins-Dividenden- und sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen ähnlicher Natur, unabhängig davon, ob sie auf Grund von Zinscheinen geleistet werden. Geeignete Vorkehrungen hierfür werden getroffen werden.

6. Die Behandlung der Tilgungs- und Kapitalrückzahlungen für den durch diesen Plan betroffenen Zeitraum ist Gegenstand

eines Berichtes eines besonderen Unterausschusses gewesen. Soweit durchführbar, werden Regelungen, die substanzuell dem Bericht entsprechen, in angemessener Zeit bekannt gegeben werden.

Die Reichsbank wird alle zur Durchführung des Vorstehenden im einzelnen notwendigen Maßnahmen sofort ausarbeiten und dabei mit den verschiedenen Gläubigerkomitees in Fühlung bleiben, um den Wünschen der Gläubiger so weit wie möglich entgegenzukommen.

Die Reichsbank wird die notwendigen Schritte tun, um die Genehmigung der deutschen Regierung, soweit diese nötig ist, zu Vorstehendem zu erhalten.

Von den verschiedenen Delegationen wurden folgende Erklärungen abgegeben:

Die britische, französische und schwedische Delegation sind bereit, die Annahme des vorstehenden Angebots unter der Bedingung zu empfehlen, daß

a) den Erfordernissen ihrer betreffenden Regierung bezüglich des Dienstes der Reichsanleihe Genüge geschieht und

b) falls die Durchführungen des Planes für ein Land in der Weise erfolgt, daß die Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes vor denjenigen anderer Länder bevorzugt werde, die Gläubigerdelegierten dieser anderen Länder sich für sich selbst und ihre Regierungen die Handlungsfreiheit vorbehalten.

Da der Plan der von der schweizerischen Delegation immer wieder betonten besonderen Lage der Schweiz nicht Rechnung trägt, bedauert sie, diesem ihre Zustimmung nicht geben zu können.

Die holländische Delegation sieht sich genötigt, die Annahme des obigen Communiqués abzulehnen.

Die amerikanischen Delegierten haben an der Konferenz ausschließlich auf derjenigen Grundlage teilgenommen, auf der sie der Angabe in dem am Schluß der Januar-Konferenz abgegebenen Communiqué zufolge einberufen worden war, nämlich „feinerlei Diskriminierung zugunsten der Gläubiger irgendeines Landes und außer Kraft treten von Sonderabkommen“.

Großer Tag in Genf

Hendersons Eröffnungsrede

Genf, 29. Mai. Die neue Tagung des Hauptausschusses wurde am Dienstag nachmittag unter starkem Andrang des Publikums und der Pressevertreter vom Präsidenten Henderson eröffnet. Henderson begann seine Erklärung mit der Feststellung, daß die Zeit gekommen sei, wo der Hauptauschuss entscheiden müsse, ob er seine Arbeiten fortsetzen solle. Die seit Oktober geführten Verhandlungen hätten die Beilegung der verschiedenen Schwierigkeiten nicht bewirkt. Die gegenwärtige Lage sei kritisch. Die allgemeine politische Atmosphäre, die schon seit Zusammentritt der Konferenz nicht sehr günstig gewesen sei, habe sich bestimmt nicht gebessert. In diesem Augenblick müsse aber daran erinnert werden, daß die Konferenz eine Reihe wichtiger Beschlüsse getroffen habe. Aus dem historischen Rückblick leitete Henderson die Notwendigkeit einer raschen Lösung einiger der Konferenz übertragenen Aufgaben ab. Es müsse erstens eine Lösung des Problems der nationalen Sicherheit gefunden werden, das die Grundlage der gesamten Abrüstungsarbeiten bilde. Es müsse dem Weltfrieden auf dem Gebiete der Luftflotten Einhalt geboten werden und eine internationale Kontrolle der Herstellung und des Handels von Waffen geschaffen werden.

Schon die Völkerverversammlung des Jahres 1927 habe die Verbindung zwischen Sicherheit und Abrüstung festgestellt. Das durch die Völkerverversammlung und die Locarno-Verträge erreichte Sicherheitsniveau sei von beträchtlicher Stärke. Es sei aber unterhöht worden durch Zweifel über seine praktische Anwendung. Es komme jetzt darauf an, allgemeines Vertrauen auf eine effektive internationale Aktion gegen den Angriff herzustellen. Nur dann könne man von den Ländern erwarten, daß sie in eine Herabsetzung ihrer Rüstungen einwilligen. Diese Rüstungsüberabhebung bedeute heute freiwillig schon an und ist ein Faktor der Sicherheit. Henderson schloß mit den Worten: „Wir müssen unser Werk zu einem erfolgreichen Ende bringen, und ich fordere deshalb alle Teilnehmer der Konferenz zu einer aktiven Mitarbeit auf.“

Der Vorschlag Norman Davis'

Unter großer Spannung eröffnete Norman Davis als Bevollmächtigter der Vereinigten Staaten den Reden der Redner, die nun verhandelt werden, durch eigene Vorschläge einen Ausweg aus der Sackgasse zu zeigen, in der sich die Abrüstungskonferenz heute befindet. Norman Davis stellte zunächst fest, daß die großen Hoffnungen, mit denen die Abrüstungskonferenz einst begrüßt worden sei, heute tief herabgestimmt worden seien. Eine große Macht habe sich von der Konferenz zurückgezogen; die direkten Verhandlungen hätten ebenfalls getauert und keine Möglichkeit geboten, die großen Schwierigkeiten zu beseitigen. Heute sprächen gewisse Mächte nicht mehr von der Verminderung der Rüstun-

gen, sondern höchstens von ihrer Begrenzung, andere sogar von einer sofortigen Rüstungsüberhebung.

Trotzdem sei er der Meinung, daß das Abrüstungsproblem nicht unlösbar sei, wenn alle Nationen in richtigem Geiste die Lösung erstrebten. „Es ist trotzdem“, so fuhr der Redner fort, „die Meinung der amerikanischen Regierung, daß es möglich sein muß, durch wechselseitige Verminderung und Begrenzung der Rüstungen in Verbindung mit dem revidierten Macdonald-Plan für alle Staaten die Verringerung der Sicherheit durch Herabsetzung der Rüstungen auszugleichen.“

Es gibt nur zwei Wege, um Sicherheit zu schaffen: 1. Durch eine überwältigende Rüstungsüberlegenheit, vielleicht zusammen mit einer Rückversicherung durch Bündnisse. Aber dieses System hat ein Ziel zu einem Wettlaufen und dann zu einem Kriege geführt, von dem wir uns noch heute nicht erholen haben und von dessen Wiederholung wir uns vielleicht niemals wieder erholen würden.

2. Es gilt, die Verteidigungskräfte zu stärken, und die Angriffskraft zu schwächen, mit anderen Worten, die Ausichten eines erfolgreichen Angriffskrieges zu vermindern — durch eine allmählich sich steigende Abschaffung derjenigen Waffen, die sich besonders für einen Einfall eignen, d. h. der schweren beweglichen Artillerie der Tanks, der Gaswaffen und der Bombenflugzeuge. Diese Abrüstungsmethode würde eine wirkliche Hilfe für die Aufrechterhaltung des Friedens sein, vor allem auch dadurch, daß man die Instrumente abschaffen würde, die für einen erfolgreichen Angriff unerlässlich sind, und wodurch man auch den Festungen und anderen Verteidigungsmitteln eine Ueberlegenheit sichern würde. Diese Methode ist tatsächlich am 23. Juni 1932 von der Konferenz in einer Entschließung angenommen worden.

Die amerikanische Regierung ist überzeugt, daß nur dieser zweite Weg — der der Abrüstung — Friede und Fortschritt in der Welt und die nationale Sicherheit jedes Landes verbürgen kann. Leider ist die entgegengesetzte Strömung in Europa gegenwärtig vorherrschend. Ein Fortschreiten auf diesem Wege würde wieder Bedingungen schaffen, wie sie dem Weltkrieg vorangingen. Wer also diese Politik verfolgt, anstatt die Sicherheit durch eine Verminderung der Rüstungen herbeizuführen, läßt eine schwere Verantwortung für die Zukunft auf sich.

Die Vereinigten Staaten haben sich immer wieder für eine drastische Verminderung der Rüstungen ausgesprochen und sind

bereit, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um die Rüstungen auf jenen Stand zu bringen, wie er durch die Erfordernisse der Selbstverteidigung notwendig ist.

Norman Davis empfahl dann nochmals den zu revidierenden Macdonald-Plan als Grundlage für eine Einigung und fuhr dann fort:

Präsident Roosevelt hat mich beauftragt, die Haltung und Politik der Vereinigten Staaten folgendermaßen zusammenzufassen: Wir sind bereit jeden praktischen Weg zu beschreiten, mit dem Ziel, ein allgemeines Abrüstungsabkommen zu erreichen und so dem allgemeinen Frieden und dem Fortschritt der Welt zu dienen. Wir sind weiter bereit, in Verbindung mit einer allgemeinen Abrüstungskonvention ebenfalls über einen allgemeinen Nichtangriffspakt zu verhandeln und mit anderen Nationen über alle Probleme zu sprechen, die aus Verträgen erwachsen können, an denen wir teilnehmen. Die Vereinigten Staaten haben aber nicht die Absicht, an den politischen Verhandlungen und Abmachungen europäischer Mächte teilzunehmen und werden sich auf keine Vereinbarung einlassen, die den Zweck haben könnte, ihre bewachte Macht für die Regelung irgend eines Streitfalles einzuziehen. Die Politik der Vereinigten Staaten hat das Ziel, sich außerhalb jedes Krieges zu halten, aber auf jede Weise zu helfen, wenn es gilt, den Krieg zu verhindern.

Die Vereinigten Staaten seien bereit, durch ein internationales Abkommen ein wirksames System auszuarbeiten für die Regelung der Waffenherstellung und für den Handel mit Waffen und Munition. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten seien aber auf Abrüstung in allen Waffenarten gerichtet und nicht auf einen Rüstungstillstand oder gar auf eine Aufrüstung. Die Konferenz stehe nun vor einer schweren Entscheidung. Sie müsse sich darüber klar werden, ob man das Ziel einer kontrollierten Abrüstung im Auge behalte oder sich mit einer einfachen Begrenzung der Rüstungen von sehr zweifelhaftem Nutzen sein würde. Somit bliebe nur ein unkontrolliertes Wettrennen übrig, dessen Wirkungen verhängnisvoll sein müssen. Norman Davis schlug der Konferenz vor, zu den Entschlüssen vom 8. Juni 1932 zurückzukehren also zur Annahme des Macdonald-Vorschlages durch alle Nationen, einschließlich Deutschland, als Basis eines zünftigen Abrüstungsabkommens. Wenn Deutschland eine Abrüstungskonvention wünsche, was zweifellos der Fall sei, dann könne er nicht leicht glauben, daß es nicht bereit sein würde, die Verhandlungen wieder aufzunehmen auf einer Grundlage, der es früher selbst zugestimmt habe.

Litwinow spricht

Litwinow bemühte sich — zum Teil zweifellos mit treffenden Argumenten — den vollkommenen Fehlschlag der Abrüstungskonferenz festzuhalten. Er wandte sich in ironischen Worten gegen diejenigen, die immer noch Resultate erkennen wollten und hoffen, daß die Konferenz schließlich doch noch zu Ergebnissen führen könnte. Er erging sich dann in Lobesäußerungen über die früheren russischen Bemühungen um die Abrüstung.

Litwinow sprach dann über die Gleichberechtigung u. sagte, daß es sehr darauf ankomme, ob diese Gleichberechtigung einem friedfertigen Staat gewährt werde oder einem Staat, der ein Eroberungsprogramm vertritt. Dann ging Litwinow zu den sowjetrussischen Vorschlägen über. Da es sich heute nicht mehr um Abrüstung, sondern nur darum handle, den Frieden zu sichern, müße ein anderer Weg als der der Konferenz gefunden werden. Ein solcher Weg sei zweifellos das System der Nichtangriffspakte, das Rußland schon weit ausgebaut habe. Ein anderer Weg sei der der regionalen Pakte zur gegenseitigen Hilfeleistung nach französischen Vorschlägen.

Als wichtigsten russischen Vorschlag nannte Litwinow die Überleitung der Abrüstungskonferenz in eine ständige und regelmäßig tagende Konferenz, die keine andere Aufgabe habe, als mit allen Mitteln den Frieden zu sichern. Bisher hätten Friedenskonferenzen nur nach Beendigung eines Krieges getagt. Sein Vorschlag ging auf eine Konferenz hin, die den Krieg und seine Folgen verhindern solle. Diese hätte die Aufgabe, alle Mittel zu vervollkommen, die die Sicherheit härten könnten und rechtzeitig alle Maßnahmen treffen zu lassen um den Frieden zu sichern, wobei es sich um moralische, wirtschaftliche, finanzielle oder auch andere Mittel handeln könne. Litwinow sprach dann weiter darüber, wie sich diese neue Körperschaft mit dem Völkerbund verhalte.

Einige Politiker, so behauptete er, trösteten sich damit, daß eroberungslustige Staaten sich mit der Ausdehnung ihres Gebietes nach einer Richtung begnügen würden. Die Geschichte be-

weise aber, daß sich die Eroberungslust solcher Staaten an allen Grenzen auswirke.

Fortsetzung der Besprechungen am Mittwoch

Genf, 29. Mai. Die heutige Tagung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz war gegen 18.30 Uhr beendet. Der französische Außenminister Barthou verzichtete wegen der späten Stunde auf seine Rede. Die neue Tagung der Konferenz ist auf Mittwoch nachmittag festgesetzt worden. Am Mittwoch vormittag 11.30 Uhr wird der Völkerbundrat zu seiner neuen Tagung zusammentreten.

Genfer Bilderbogen

Frankösisch-englische Auseinandersetzung

Paris, 29. Mai. Die ersten Verhandlungen in Genf sind nicht ausüben Frankreichs ausgefallen. Die übliche Ausnahme die der französische Außenminister in den verschiedenen Kreisen gefunden hat, war sogar so deutlich, daß man in der Pariser Presse nicht umhin kann, diese Tatsache besonders hervorzuheben. Eine allgemeine Abstimmung, die sich besonders gegen den englischen Außenminister, dann aber auch gegen den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, richtete, machte sich in der großen Presse insofern bemerkbar, als man versucht, sich mit Händen und Füßen gegen den Vorwurf zu wehren, Frankreich allein trage die Verantwortlichkeit an dem kläglichen Stand der Abrüstungskonferenz. Die Erklärungen, die Henderson am Montag abgegeben hat, haben in französischen Kreisen selbstverständlich eine gewisse Erbitterung hervorgerufen, weil er in nicht mißverständlicher Deutlichkeit darauf hinwies, daß Frankreich durch seine Note vom 17. April seine Politik geändert habe. Barthou habe sich dann veranlaßt gesehen, Henderson zu antworten, um angeblich die Kontinuität der französischen Politik seit Briand zu verdeutlichen. Auch die Blätter wehren sich gegen den Vorwurf eines Frontwechsels, obgleich sie gelegentlich der Bekanntheit der französischen Note vom 17. April unterzückten hatten, daß Frankreich unter Barthou tatsächlich eine neue Politik einschlägt. Ganz besonders hebt man in der Pariser Morgenpresse die Unterredung Barthous mit Simon hervor. Diese Unterredung soll zeitweise sehr heftig gewesen sein und der englische Außenminister soll sich nicht gekent haben. Barthou an die Verantwortlichkeit zu erinnern, die Frankreich mit seiner Haltung auf sich nehme. Barthou habe Simon erklärt, daß er, wenn Simon seine Vorwürfe in der öffentlichen Sitzung wiederholen wollte, ebenfalls dazu Stellung nehmen würde, um zu beweisen, daß nicht Frankreich, sondern Deutschland (!!) die Verantwortung für das Mißlingen der bisherigen Bemühungen trage. In französischen Kreisen in Genf aber scheint man sich über die wenig beneidenswerte Lage Frankreichs klar geworden zu sein. Die großen Blätter weisen auf die für Frankreich wenig sympathische Atmosphäre hin, die es in Genf angetroffen hat. Ueber den Ausgang der gegenwärtigen Untermittelungen herrscht allgemeine Ungewißheit.

Berätungen der Gruppe der Neutralen in Genf

Genf, 29. Mai. Im Laufe des Montag ist die Gruppe der sechs neutralen Staaten, die im Rahmen der Abrüstungskonferenz schon wiederholt mit eigenen Vorschlägen hervorgetreten sind, nämlich Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Holland und Spanien von neuem zusammengetreten, um sich über ihre Haltung in der Abrüstungsfrage klar zu werden. Man rechnet damit, daß diese sechs Staaten — denen übrigens auch Belgien in verschiedenen Punkten nicht fernstehen soll — einen eigenen Vorschlag einbringen werden. Es muß dabei beachtet werden, daß diese Gruppen auch die Staaten umschließt, die sich einer Anerkennung Sowjetrußlands und des Eintritts Rußlands in den Völkerbund stets widersetzt haben. Im übrigen hört man, daß auch die Außenminister der Kleinen Entente sich zusammengekommen haben, um ihre Stellung in der Abrüstungsfrage im einzelnen festzulegen. Wie es bei dem Einfluß Venesias nicht anders zu erwarten war, wird sich die Kleine Entente aller Voraussicht nach für den Versuch einer Fortsetzung der Konferenz einsetzen.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

ten, oder waren im Staatsdienst. Ordentliche und tüchtige Leute, die ihr Pflicht taten, ohne durch irgendwelche Besonderheiten aufzufallen. Das alte Raubritterblut schien im Laufe der Generationen zu sanfter Milde veredelt, und nur im alten Kraft noch lebendig zu sein, denn von dessen Jugendstreichen erzählten sich die braven Nachkommen mit gruseligem Behagen.

Man prophezeite ihm ein böses Ende, denn der Harnhof konnte eine solche Lebensführung seines Herrn nicht tragen, aber gerade, als man von seinem gänzlichen Zusammenbruch überzeugt war, überraschte er die Welt durch seine Verlobung mit der vielbegehrten Christine von Waldrode, die nicht nur die Güter Waldrode und Fresdorf, sondern auch ein großes Barvermögen mit in die Ehe brachte. Der wilde Thüngern war sehnst geworden, legte sich ein Gestüt an, denn Pferde waren schon immer seine Leidenschaft gewesen, und wenn etwas das Glück dieser Ehe trüben konnte, war es nur die Tatsache, daß dem kleinen Dieter Geschwister verjagt blieben. Als Maria Christine nach zwanzigjähriger Ehe starb, nahm sie auch das Glück des Mannes mit ins Grab, der dann nach dem Tode des Sohnes sich gänzlich zurückzog, und alle Verläufe der Verwandten, sich des Vereinten anzuwenden, nur mit unwilligem Knurren beantwortete. Trostlos schien er aber über die Vorgänge innerhalb der Verwandtschaft genau Bescheid zu wissen, denn als in der Familie ein großes Wehklagen anhub über den mißratenen Stephan, der als sechzehnjähriger Bengel nach dem Bakstium durchbrannte, um den Deutschen gegen die Bosheiten zu helfen, soll der Alte nach dem Tode seines Sohnes zum ersten Male wieder gelaßt haben. Man holte den Jungen zurück, der, früh verwaist, bei Verwandten aufwuchs, und steckte ihn nach beendeter Schule auf ein Gut, zur Erlernung der Landwirtschaft. So kam er nach Wengersdorf und traf dort mit der jungen Gräfin Elingen zusammen. Als er die praktische Lehrzeit beendet hatte, kam plötzlich eine Einladung aus dem Harnhof. Er fuhr unbestimmt los, ohne sich an alle freundschaftlichen Ermahnungen zu kehren, und war sofort begeistert, als er das Gestüt sah, die Leidenschaft für Pferde teilte er mit dem Alten; und auf den Koppeln und in den Ställen

Genfer Dreierbesprechungen über die Saarabstimmung

Genf, 29. Mai. Unter italienischer Vermittlung sind am Dienstag die Dreierbesprechungen über die Frage der Saarabstimmung weitergeführt worden. Auf Grund der hierbei gewonnenen Eindrücke wollen nun die Italiener einen Vermittlungsvorschlag ausarbeiten, den sie beiden Parteien, also Deutschland und Frankreich, unterbreiten wollen. Im Laufe des Nachmittags oder am Mittwoch vormittag will man dann hier in Genf nochmals über diesen Vermittlungsvorschlag sprechen. Wahrscheinlich wird dann vor endgültiger Beschlusfassung erst eine Stellungnahme der beteiligten Regierungen herbeigeführt werden müssen.

Genf, 29. Mai. Der einstmalige Präsident der deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Lersner, der als Vertreter des Saarbevölkerungsrates der Reichsregierung, Vizekanzler von Papen, in Genf eingetroffen ist, hatte eine eingehende Unterredung mit dem Vorsitzenden des Dreier-Komitees für die Saarabstimmung, Baron Aloisi, und dessen ersten Mitarbeiter, Minister Biancheri.

Der Oberbürgermeister von Saarbrücken an Aloisi

Saarbrücken, 29. Mai. Oberbürgermeister Dr. Reiles hat an Baron Aloisi folgendes Telegramm geschickt:

Die Basler Nationalzeitung hat einen Bericht ihres Vertreters über ein zwischen diesem und mir stattgefundenes Interview veröffentlicht. Dieses Interview wird von der hiesigen Linkspresse dahin ausgelegt, als wenn ich Gewalttate und Putzsch von deutscher Seite als bevorstehend angekündigt hätte. Ich kann nur feststellen, daß der Basler Journalist in jedem Satz und Gedanken, den ich ihm gesagt habe, in sein Gegenteil verkehrt hat und daß ich über diese Art von Journalistik nur meinen aller tiefsten Abscheu aussprechen kann. Tatsächlich habe ich dem Journalisten gegenüber hervorgehoben wie ungeheuer beruhigend auf die Stimmung der ganzen Bevölkerung hier die Festsetzung des Abstimmungsstermins für die Volksabstimmung wirken würde, und ihn gebeten, das auch in seinem Blatte zum Ausdruck zu bringen. Die Ankündigung von Explosionen und eines Streikherdes in Europa ist eine böswillige Erfindung des Basler Journalisten. Ich stehe dafür ein, daß die Bevölkerung der Stadt Saarbrücken, wie des ganzen Saargebietes die vorbildliche Disziplin, die sie bisher bewiesen hat, auch weiterhin bewahrt. Im Saargebiet herrscht weniger Gewalttat und Terror als in irgend einem Lande Europas. Störungen der öffentlichen Ordnung sind hier nur von Seiten landfremder Elemente zu befürchten, die ein Interesse daran haben, einen geordneten Ablauf der Volksabstimmung zu unterwählen.

Ich bitte nun darum, daß der Völkerbundrat den vertragsmäßigen Anspruch der Saarbevölkerung auf Volksabstimmung nach Ablauf der 15jährigen Frist termingemäß erfüllt.

Großer Erfolg der deutschen Verkehrswerbung

Berlin, 29. Mai. In dem Internationalen Wettbewerb für das beste Verkehrswerbungsplakat der anlässlich der zur Zeit in Paris tagenden Generalversammlung des Conseil Central du Tourisme International abgehalten wurde, erhielt Deutschland den ersten Preis. Der Preis, der aus einem von König Fuad von Ägypten wertvollen goldenen Pokal besteht, wurde Deutschland zuerkannt. Für das von dem Münchener Maler J. Wierz entworfenen Werbetafel der Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr für die Passionspiele in Oberammergau 1934. An dem Wettbewerb beteiligten sich zehn Nationen. Den zweiten Preis erhielt Holland, den dritten Desterreich.

Keine Aenderung der Stadt- oder Gemeindevapen

Berlin, 29. Mai. Entgegen den vielleicht von gewissen Seiten bestehenden Absichten, die gemeindlichen Wapen zu ändern, wird von zuktändiger Stelle darauf hingewiesen, daß aus Gründen der Tradition eine derartige Aenderung im allgemeinen nicht erwünscht ist. Die Wapen verkörpern bekanntlich die alten geschichtlichen Ueberlieferungen der Gemeinden, sehr häufig aus der Zeit ihrer Entstehung heraus, und diese geschichtliche Ueberlieferung sollte nicht aufgegeben oder durchbrochen, vielmehr die neue Generation noch enger an sie geknüpft werden.

Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duacker Verlag, Berlin W 62 (Nachdruck verboten)

Dieses Wissen hatte sie ermutigt, Thüngern diese Verlobung vorzuschlagen, ihr aber gleichzeitig Sorge gemacht, daß es ihren Plan fördern könnte. Wenn Thüngern gemerkt hätte, daß Gladys ihn liebte, hätte selbst ein Stundal ihn nicht gehindert, zurückzutreten; soweit kannte sie ihn doch. Aber ihre Sorge schien unbegründet. Gladys war eine sehr ruhige, kühle Braut; daß diese Ruhe nur Schüchternheit war und innere Scheu dem geliebten Mann gegenüber, das entging Gladys sonst so scharfem Blick.

Gladys ließ alle Vorschläge betreffs der Hochzeit über sich ergehen. Nur als eine Hochzeitsreise in Erwägung gezogen wurde, daß sie dringend, gleich nach dem Harnhof zu fahren. „Ich bin nun schon so lange auf Reisen, ich möchte gern mal wieder eine ruhige Zeit auf dem Lande haben, außerdem freue ich mich so auf die Pferde.“ Dagegen ließ sich nichts einwenden. Stephan war sehr erleichtert, der Gedanke an eine Hochzeitsreise war ihm reichlich ungemütlich gewesen.

Die Thüngernsche Herrschaft umfaßte neben dem Harnhof noch die Güter Fresdorf und Waldrode, zum Harnhof selbst gehörte nur das „Ruggut“, soviel Landwirtschaft, wie zur eigenen Versorgung nötig war, ziemlich ausgedehnte Waldungen, die unter dem tüchtigen Oberförster Böder standen, und dann vor allem das Gestüt. Das Gestüt war eine Schöpfung des alten Freiherrn Kraft von Thüngern gewesen, der immer schon etwas wunderlich, nach dem Tode seines einzigen Sohnes, gänzlich zum Sonderling wurde. Enkel waren nicht vorhanden, und nun ging in der Familie derer von Thüngern das große Ratselraten los, wer einmal den Nischenbesitz erben würde.

Die Thüngern waren nicht reich, saßen entweder auf kleinen Klitschen, wo sie sich recht und schlecht durchbrach-

hielt er sich auch meistens auf, ohne zu ahnen, wie genau ihn ein Paar scharfe blaue Augen beobachteten.

Er reiste wieder ab, und wenn er an den Harnhof zurückdachte, war es in der Erinnerung an einen netten alten Mann und wundervolle Pferde, mehr dachte er nicht. Aber eines Tages fand man den alten Freiherrn tot in seinem großen Lehnstuhl am Kamin, und als das Testament eröffnet wurde, hätte er ausgerechnet den ungeratenen Stephan zum Alleinerben eingesetzt.

So kam Stephan auf den Harnhof. Er kümmerte sich um die lieben Verwandten ebensowenig wie vorher der alte Kraft, benutzte seinen neuen Reichtum, um sich erst einmal die Welt anzusehen und nahm, zurückgekehrt, die Pferdezuucht mit derselben Leidenschaft auf, wie sein Vorgänger.

Wenn die Hochzeit in Berlin auch nur sichtlich gefeiert wurde, der Harnhof ließ es sich nicht nehmen, seine neue Herrin festlich zu empfangen. Der alte Hausmeister Flappprodt hatte ein Heer von Schenkerfrauen aus dem Dorfe herangeholt, um das alte Herrenhaus in ein blankes, festliches Gewand zu hüllen. Die Frau Baronin sollte doch sehen, daß man in Deutschland seinen Kram ebenso verstand, wie drüben in Amerika. Es gab noch mehr solcher alten Leute auf dem Harnhof. Stephan hatte nicht den billigen Ehrgeiz gehabt, als neuer Herr ein neues Regiment zu führen, er hatte die erprobten Leute seines Vorgängers behalten, und er hatte gut daran getan.

Alles verlief programmäßig. Das Auto, in dem Gladys und Stephan saßen — Stephan steuerte selbst —, wurde rechtzeitig signalisiert, ehe es in die Lindenallee einbog, die zum Schloß führte. Ein zweiter Wagen folgte, von Bredede zur Verfügung gestellt, in dem Conchita mit dem Gepäck untergebracht war. Der Empfang war sehr feierlich, die Schulkinder lachten, der Pfarrer sprach herzliche Begrüßungsworte und Vieles, die sechzehnjährige Tochter der Rentmeisters, überreichte kniefällig und erzdnd den Strauß. Stephan ließ die ganze Geschichte mit freundlicher Gelassenheit über sich ergehen, ihm waren diese Art ländlicher Empfänge nichts Ungewohntes, aber für Gladys war alles neu, anheimelnd und zugleich verwirrend.

(Fortsetzung folgt.)